

Wie Bangladesch die Rohingya-Krise meistert Folgen einer Massenflucht aus Myanmar

von Nicola Glass

März 2018

Nach Beginn einer neuen, brutalen Offensive durch Myanmar's Militär sind seit Ende August 2017 fast 700.000 muslimische Rohingya ins benachbarte Bangladesch geflohen. Unterstützt von lokalen und internationalen Hilfsorganisationen versucht Bangladesch, die größte Flüchtlingskrise Asiens zu meistern. Wegen der anhaltenden Verfolgung der Rohingya in Myanmar können diese nicht dorthin zurück. Doch auch in Bangladesch haben sie keine Perspektive. Politische Entscheidungsträger*innen innerhalb der Weltgemeinschaft erweisen sich indes als unwillig, zur Lösung der Krise beizutragen.

»An jenem Tag, als unser ganzes Dorf in Flammen stand, haben wir beschlossen zu fliehen«. Romida Begom sieht gedankenvoll und traurig aus, als sie das erzählt. »Wir haben nur unsere beiden Kinder genommen und sind mit praktisch nichts gegangen«, so die junge Frau. Sieben Tage habe es gedauert, bis sie, ihr Mann und die zwei Kleinen die Grenze zu Bangladesch erreichten. Dort habe die lokale Bevölkerung ihre Familie willkommen geheißen: »Sie haben uns zu Essen gegeben und uns gezeigt, wo wir zunächst unterkommen konnten.« Das war noch bevor die Hilfsorganisationen vor Ort waren.

Von Romida Begom und ihrer Familie abgesehen sind seit Beginn einer neuen Offensive durch

Myanmar's Armee Ende August 2017 fast 700.000 Angehörige der muslimischen Rohingya aus Myanmar's westlichem Rakhine-Staat nach Bangladesch geflohen. Laut offizieller Angaben sind fast 60 Prozent der Geflüchteten Kinder. Mitte Dezember hatten »Ärzte ohne Grenzen« eine Untersuchung publik gemacht, wonach im ersten Monat der jüngsten Gewaltwelle mindestens 6.700 Rohingya getötet wurden. Darunter seien mindestens 730 Kinder unter fünf Jahren gewesen, hatte das Hilfswerk in Bangladesch's Hauptstadt Dhaka erklärt. Um die Opferzahlen zwischen dem 25. August und dem 24. September zu ermitteln, hatte »Ärzte ohne Grenzen« nach eigenen Angaben Tausende Rohingya in den Flüchtlingslagern befragt.

Insgesamt seien in dem Monat mindestens 9.000 Rohingya im westlichen Rakhine-Staat gestorben, knapp 72 Prozent davon durch direkte Gewalt, so die Organisation weiter. »Diese Bezifferung der Todeszahl fällt wahrscheinlich zu gering aus, da wir nicht in allen Flüchtlingsansiedlungen in Bangladesch Daten erhoben haben und die Studien zudem Familien gar nicht berücksichtigen, die es nicht aus Myanmar hinaus geschafft haben«, sagte damals Dr. Sidney Wong von »Ärzte ohne Grenzen«. Die Vereinten Nationen und Menschenrechtler*innen sprechen angesichts systematischer Morde, Massenvergewaltigungen und Folter an den Rohingya von »ethnischen Säuberungen« und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Manche bezeichnen das gewalttätige Vorgehen der Armee mittlerweile auch als Völkermord.

Myanmars Militärs hingegen haben ihren brutalen Feldzug damit begründet, dieser sei eine Vergeltungsaktion für die Überfälle der Miliz »Arakan Rohingya Salvation Army« (ARSA) auf Dutzende Grenzposten von Polizei und Militär in Rakhine am 25. August 2017. Wiederholt hatten die Streitkräfte unter Armeechef Min Aung Hlaing verlautbaren lassen, man gehe lediglich gegen »Terroristen« vor.

Dass diese offizielle Darstellung eine Lüge ist, ist hinlänglich bekannt. Sie ist umso verwerflicher, da das brutale Vorgehen des Militärs Strategie hatte und keinesfalls zufällig geschah. Denn bereits vor den Attacken der ARSA gab es klare Hinweise, dass die Verbrechen der Armee an den muslimischen Rohingya, denen Myanmar die Staatsbürgerschaft verweigert, gezielt geplant und vorbereitet worden waren.

So hatten verschiedene Medien schon vor dem 25. August vergangenen Jahres übereinstimmend von Truppenverstärkungen im Rakhine-Staat berichtet und davon, dass die Krisenregion nahezu »abgeriegelt« worden sei. Nicht zuletzt bestätigten Flüchtlinge in Bangladesch, dass Myanmars Militärs auch in jene Dörfer eindringen und sie dem Erdboden gleichmachen, wo die ARSA gar nicht zugeschlagen hatte. Ebenso wenig ist es Zufall, dass Myanmars Armeechef Min Aung Hlaing die Massenflucht der Rohingya ins benachbarte Bangladesch als »Rückkehr der Bengalis in deren angestammte Heimat« bezeichnete.

Somit schultert Bangladesch die Hauptlast der Krise. Wer die riesigen Flächen im Südosten des Landes im Distrikt Cox's Bazar gesehen hat, die zu einem der größten Flüchtlingslager der Welt zusammenwachsen, kann erfassen, in welchem Maße Myanmars Nachbar betroffen ist. Es ist nicht das erste Mal, dass Bangladesch, eines der ärmsten Länder der Welt, Rohingya aus Myanmar aufgenommen hat. Vor August 2017 war das bereits 1978 sowie zu Beginn der 1990er Jahre und nach Oktober 2016 der Fall. Damit harren dort mittlerweile mehr als eine Million Hilfesuchende aus.

Dieser Umstand bringt massive Probleme mit sich, die sich mit denen addieren, die das südasiatische Land auch ohne den Massenansturm von Flüchtlingen längst hat: Das mehrheitlich muslimische Bangladesch mit seinen etwa 166 Millionen Einwohnern gilt als einer der am dichtesten besiedelten Staaten der Welt, der zudem massiv vom Klimawandel bedroht ist. Regelmäßig wird das Land von Tropenstürmen und schweren Überschwemmungen heimgesucht, die die Infrastruktur zerstören und Ernten vernichten. Nach Schätzungen von Experten würde ein Anstieg des Meeresspiegels um einen Meter mittelfristig zur Folge haben, dass Bangladesch bis zu 20 Prozent seiner Landfläche verlieren und es Millionen weitere Klimaflüchtlinge geben wird.

Die Vereinten Nationen und die Weltbank bescheinigen Bangladesch Fortschritte bei gesundheitlicher Versorgung und Bildung sowie im Kampf gegen die Armut. Trotzdem sind viele Einwohner*innen nach wie vor arm oder sehr arm, insbesondere in den ländlichen Gebieten. Etliche dort fühlen oder fühlen sich verpflichtet, den Rohingya zu helfen. Allerdings hatte die Lokalbevölkerung nach eigenen Aussagen damit gerechnet, dass die Geflüchteten in absehbarer Zukunft wieder nach Myanmar zurückkehren würden: »Unsere Ressourcen sind begrenzt«, hört man zunehmend in Bangladesch.

Mitarbeiter*innen des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP) sowie der bangladeschischen Behörden sprechen von zunehmenden Spannungen zwischen Flüchtlingen und lokaler Bevölkerung. Die Sympathien für die Rohingya schwänden rasch angesichts steigender Preise für Nahrungsmittel, zunehmender Konkurrenz um



Ausblick über
einen Teil eines
Rohingya-Flücht-
lingscamps in
Cox's Bazar in
Bangladesch
© Nicola Glass

Tagelöhner-Jobs und Schäden an Natur und Umwelt. Ein bedeutender Teil jenes Areals, auf dem sich heute die Flüchtlingscamps befinden, war zuvor Wald; laut einem aktuellen Behördenbericht wurden in den vergangenen Monaten mehr als 5.000 Acres (fast 2.030 Hektar) abgeholzt, wie die Zeitung Dhaka Tribune berichtete.

Es gab bereits Proteste, deren Teilnehmer*innen forderten, die Rohingya wieder nach Hause zu schicken. Bislang waren diese klein und vereinzelt, doch dass es in Bangladesch rumort, bezweifelt niemand. »Es muss dringend gehandelt werden, um die zumeist armen Gemeinden zu unterstützen, die durch diese Krise besonders belastet sind«, heißt es in dem im Dezember veröffentlichten UNDP-Bericht. So kündigten internationale Organisationen an, dass ein Teil der künftigen Hilfgelder insbesondere Bangladeschs lokaler Bevölkerung zugute kommen solle. Für die Umsetzung eines »Joint Response Plans« bis Ende 2018 benötigen die UN sowie Partnerorganisationen laut einem Mitte März in Genf veröffentlichten Appell insgesamt 951 Millionen US-Dollar.

Die Flüchtlinge selbst haben ebenfalls keine Wahl. Aus ihrer Heimat Myanmar vertrieben wissen viele, dass sie auch in Bangladesch keine Perspektive haben. Sie leben sozusagen auf ge-

borgtem Grund und Boden. Kaum jemand weiß das besser als Sabbir Ahmed, der bereits 1991 nach Bangladesch geflohen war. Er bringt sich mit niedrig bezahlten Jobs durch, zum Beispiel auf Reisfeldern, einige seiner Kinder wurden in Bangladesch geboren. Immer wieder hätten er und andere gehofft, sie könnten zurückkehren. Doch die Lage in Myanmar habe sich verschlimmert, so Sabbir Ahmed.

Die Gewalt im Rakhine-Staat habe ihnen keine andere Entscheidung gelassen, als ihr Land zu verlassen, sagen denn auch die »Neuankömmlinge« unter den Flüchtlingen. Mariam Khatun erzählt, wie ihre Familie sich retten konnte, als die Armee ihr Dorf niederbrannte. Eine Woche habe es gedauert, bis sie die Grenze von Bangladesch erreicht hätten. Sie alle seien erschöpft und hungrig gewesen, so die 39-Jährige. Sie selbst war damals hochschwanger. Das jüngste ihrer zehn Kinder, den inzwischen mehr als sechs Monate alten Mo Omar, brachte sie quasi während der Flucht zur Welt. »Aber wenigstens brauchen wir hier keine Angst zu haben«, sagt Mariam Khatun, die wie Romida Begom mittlerweile in einem Bereich des riesigen Flüchtlingscamps lebt, in dem das katholische Hilfswerk Caritas ein »Modelldorf« für 182 Familien errichtet hat – mit Brunnen, Waschmöglichkeiten und einem ausgeklügelten Drainage-System.



»Es geht nicht nur darum, Leben zu retten, sondern auch, diesen Menschen ein Dasein in Würde zu ermöglichen, so gut es unter diesen Bedingungen geht«, betont der für den Distrikt Cox's Bazar zuständige Caritas-Regionaldirektor James Gomes. Er sei stolz auf seine Landsleute, dass diese ihr Land für die Rohingya geöffnet hätten. Allerdings sei ihm völlig bewusst, in welchem Dilemma gerade die ärmsten Bangladeschis steckten und dass Lösungen gefunden werden müssten. Zugleich bekräftigt Gomes, seine Mitarbeiter*innen und er wollten den Rohingya auch weiterhin helfen: »Niemand verlässt freiwillig sein Zuhause und den gesamten Besitz.«

Ähnlich formuliert es Shamimul Huq Pavel: »Die Rohingya haben nicht nur die Gräuel in Myanmar erlebt, sondern außerdem keinen Platz, den sie Zuhause nennen dürfen, obwohl sie seit Generationen in Myanmar leben«, sagt der für zwei Campbereiche als Koordinator eingesetzte Vertreter der bangladeschischen Regierung. »Für die Rohingya ist die Welt kein sicherer Ort, sie wissen nicht, wie ihre Zukunft aussieht.« Es gehe um mehr als darum, die Flüchtlinge mit Essen und Unterkünften zu versorgen: Man müsse den Menschen, die alles verloren hätten, ein Leben in Sicherheit bieten. Zugleich betont Shamimul Huq Pavel: »Bangladesch tut, was es

kann, aber die Lösung des Problems liegt in Myanmar.« Sein Appell: Die internationale Gemeinschaft müsse die Rohingya als Menschen respektieren.

Zudem fordert Pavel Unterstützung für seine Landsleute, die die völlig erschöpften und ausgezehnten Rohingya versorgt hatten, ehe die Welle an internationaler Hilfe angerollt war. Der ökonomische Druck, der auf Bangladesch lastete, sei immens: »Nicht viele Länder auf der Welt haben mehr als eine Million Flüchtlinge aufgenommen.« Die spätestens im Juni beginnende Regen- und Monsunzeit bereitet Helfern*innen und Behörden weiteres Kopfzerbrechen. Um zu verhindern, dass in den abgeholzten Gebieten Erdbeben und Schlammlawinen Menschenleben kosten, müssen vielerorts Drainage-Systeme erweitert oder gebaut, Unterkünfte gesichert oder Flüchtlinge umgesiedelt werden.

Medienberichten zufolge versucht die politische Führung weiterhin, die Lage in den überfüllten Flüchtlingscamps in Cox's Bazar zu entschärfen. Demnach werden auf einem unwirtlichen Eiland im Golf von Bengalen Unterkünfte für 100.000 Flüchtlinge gebaut – als »vorübergehende Lösung«, wie Bangladeschs Premierministerin Sheikh Hasina beteuerte. Allerdings ist die Idee, einen Teil der Rohingya dorthin umzusiedeln,



*Rohingya-Flüchtlinge in einem der Camps in Cox's Bazar in Bangladesch
© Nicola Glass*

nicht neu. Schon in der Vergangenheit haben die Vereinten Nationen und Menschenrechtsorganisationen davor gewarnt, Menschen auf der Insel anzusiedeln. Die Betroffenen seien Tropenstürmen und Überschwemmungen dort noch ungeschützter ausgesetzt als in Cox's Bazar.

Appelle an die Weltgemeinschaft, angesichts der Rohingya-Flüchtlingskrise zu handeln, gibt es etliche. Anfang März veröffentlichten Mitglieder der »ASEAN-Parlamentarier für Menschenrechte« (APHR) nach einem Besuch der Flüchtlingscamps in Bangladesch einen Bericht, in dem sie insbesondere von den Regierungen der südostasiatischen Staatengemeinschaft entscheidende Maßnahmen und mehr diplomatischen Druck auf Myanmar forderten. »Die Rohingya-Krise ist in der Tat eine regionale Krise und erfordert eine regionale Reaktion«, so der malaysische Abgeordnete und APHR-Vorsitzende Charles Santiago. Bislang aber habe ASEAN größtenteils dazu geschwiegen, kritisierte die Parlamentariergruppe.

In der Tat betreibt die südostasiatische Staatengemeinschaft ASEAN traditionell eine »Politik der Nichteinmischung«. Auch sonst gibt es etliche Indizien dafür, dass sich die größte Flüchtlingskrise Asiens vor allem deshalb verschärft hat, weil die meisten Reaktionen der

internationalen Gemeinschaft nicht über Lippenbekenntnisse hinauskommen. Wiederholt beklagen Kritiker*innen, darunter Menschenrechtsorganisationen, dass die Welt die staatenlosen Rohingya im Stich lasse.

Die Kritik zielt nicht auf die Arbeit der lokalen und internationalen Organisationen in Cox's Bazar, die versuchen, die Not der Flüchtlinge zu lindern. Sie richtet sich auch nicht gegen jene Vertreter*innen der Vereinten Nationen, die nach bestmöglichen Kräften versuchen, das ihnen anvertraute Mandat zu erfüllen, aber durch Myanmar daran gehindert werden. Im Dezember verbot die Regierung in Naypyidaw der für Myanmar zuständigen UN-Sonderberichterstatterin für Menschenrechtsfragen, Yanghee Lee, künftige Einreisen. Die Verweigerung der Kooperation »kann nur als starkes Indiz dafür gewertet werden, dass im Rakhine-Staat sowie im übrigen Land etwas furchtbar Schreckliches vorgehen muss«, hatte Lee daraufhin erwidert. Wiederholt erklärte sie, das Vorgehen von Myanmars Militär in Rakhine trage die Handschrift eines Genozids. Myanmar hingegen hat die Kritik am brutalen Umgang mit den Rohingya stets zurück gewiesen.

Indes können sich politische Entscheidungsträger*innen trotz aller Indizien nicht zu Konse-

quenzen durchringen. Angesichts von Morden, Massenvergewaltigungen, Folter und Niederbrennen ganzer Dörfer im armen, aber ressourcenreichen Rakhine-Staat stellen sich Menschenrechtler*innen die Frage, was noch passieren muss, ehe sich die internationale Gemeinschaft dazu aufrafft, zum Beispiel ein globales Waffenembargo gegen Myanmars Generäle zu verhängen. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass gezielte Sanktionen einzelner Länder oder Staatengruppen nichts bewirken, wenn der Rest der Weltgemeinschaft nicht mitzieht. Wie aus dem Bericht zum globalen Waffenhandel des in Stockholm ansässigen Friedensforschungsinstituts SIPRI vom 12. März hervorgeht, stammten in den vergangenen fünf Jahren 68 Prozent aller von Myanmar importierten Rüstungsgüter aus chinesischer Herstellung, während der Anteil Russlands 15 Prozent betrug. Demnach gehörten zu den nach Myanmar gelieferten Waffensystemen auch Kampfflugzeuge.

Nicht zuletzt bleibt die Frage nach juristischer Aufarbeitung. Unbestritten ist, dass Myanmars Militär unter Armeechef Min Aung Hlaing hauptverantwortlich für die Gräueltaten ist. Aber auch De-Facto-Regierungschefin und Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi hat sich mitschuldig gemacht. Die einstige Oppositionsführerin und frühere politische Gefangene der Junta, die jahrzehntelang insbesondere im Westen mit Ehrungen und Auszeichnungen überhäuft worden war, hat sowohl politisch als auch moralisch versagt, indem sie die Verbrechen der Militärs wiederholt verteidigte. So muss vor allem nun die westliche Welt lernen, dass Suu Kyi Teil des Problems und nicht der Lösung ist.

Wenn die Weltgemeinschaft nicht handelt, bedeutet das für Bangladesch, dass es auf unabsehbare Zukunft die Hauptlast der Flüchtlingskrise tragen muss. Ende November vergangenen Jahres schlossen Myanmar und Bangladesch zwar ein Abkommen zur Rückführung der Rohingya. Doch zu Recht kritisierten Menschenrechtler*innen dieses als »lächerlich« und »PR-Trick«. Eine sichere und würdevolle Rückkehr sei keinesfalls gegeben, im Gegenteil. Im Januar erklärte Bangladesch denn auch, dass mit der Umsetzung der Vereinbarung nicht begonnen werden könne. Offiziell hieß es, die Vorbereitungen dafür seien nicht abgeschlossen.

Die Flüchtlinge selbst haben deutlich gemacht, dass sie nicht zurückkehren werden, solange ihnen Myanmar die Bürgerrechte verweigert. Zudem fordern sie nicht nur, dass die für die Gräueltaten Verantwortlichen bestraft werden, sondern auch, dass sie Entschädigungen für ihre zerstörten Häuser und Felder erhalten. »Alles, was wir hatten, ist verloren, wie also sollen wir nach Myanmar zurückkehren?«, fragt denn auch Romida Begom.

Derweil liegt eine Heimkehr in weiterer Ferne denn je. Menschenrechtler*innen dokumentierten, dass Myanmar offensichtlich gar nicht die Absicht hat, die Flüchtlinge zurückkommen zu lassen. Im Februar veröffentlichte Human Rights Watch (HRW) einen Bericht, wonach Myanmars Armee Dutzende Ortschaften dem Erdboden gleichgemacht hatte. Neue Satellitenaufnahmen belegen, dass seit November mindestens 55 Dörfer im westlichen Rakhine-Staat mit schwerem Gerät niedergewalzt worden seien. Die meisten gehörten demnach zu jenen 362 Rohingya-Dörfern, die das Militär seit Ende August 2017 teilweise oder ganz niedergebrannt hatte.

Viele der Orte, die das Militär verwüstet habe, seien Schauplätze von Gräueltaten gewesen und hätten von UN-Fachleuten nach Beweisen untersucht werden sollen, betonte HRW-Asiendirektor Brad Adams: »Wer diese Gebiete dem Erdboden gleichmacht, löscht nicht nur die Erinnerung aus, sondern auch die berechtigten Ansprüche jener Rohingya, die dort gelebt haben.«

Kürzlich kritisierte zudem Andrew Gilmour, stellvertretender UN-Generalsekretär für Menschenrechte, dass die systematische Gewalt gegen die Rohingya in Myanmar anhalte. Geändert habe sich höchstens die Art der Gräueltaten, »vom wahnsinnigen Blutvergießen und den Massenvergewaltigungen im vergangenen Jahr zu einer Kampagne von niedrigerer Intensität des Terrors und des Aushungerns«, so der UN-Repräsentant, der Anfang März die Flüchtlingscamps in Cox's Bazar besucht hatte. »Myanmars Regierung ist eifrig dabei, der Welt zu erzählen, dass sie bereit sei, Rückkehrer zu empfangen, während ihre Truppen die Rohingya weiterhin nach Bangladesch treiben.«

Wenige Tage nach der von Gilmour geäußerten Kritik veröffentlichte Amnesty international (AI)

einen Bericht, in dem die Organisation Myanmar eine zunehmende Militarisierung des Rakhine-Staates vorwirft. Bereits seit Januar würden auf Gebieten zerstörter Dörfer neue Armeestützpunkte, Unterkünfte, Straßen und Hubschrauberlandeplätze gebaut. AI stützt sich dabei auf Augenzeugenberichte und Satellitenaufnahmen. »Wir beobachten im Rakhine-Staat Landraub durch das Militär in einem dramati-

schen Ausmaß«, kritisierte Tirana Hassan, AI-Direktorin des Bereichs Krisenbewältigung. Die neue Militär-Infrastruktur werde errichtet, um genau jene Sicherheitskräfte unterzubringen, »die Verbrechen gegen die Menschlichkeit gegen Rohingya verübt haben«, sagte Hassan weiter. Diese Entwicklungen machten eine freiwillige, sichere und würdevolle Rückkehr der Rohingya noch unwahrscheinlicher.

Links zum Thema:

<https://www.aerzte-ohne-grenzen.de/myanmar-rohingya-studie-todesfaelle>

https://www.humanitarianresponse.info/sites/www.humanitarianresponse.info/files/assessments/171207_social_impact_assessment_and_rapid_host_community_impact_assessment_summary.pdf

https://aseanmp.org/wp-content/uploads/2018/03/APHR_Bangladesh-Fact-Finding-Mission-Report_Mar-2018.pdf

<https://www.sipri.org/news/press-release/2018/asia-and-middle-east-lead-rising-trend-arms-imports-us-exports-grow-significantly-says-sipri>

<https://www.hrw.org/news/2018/02/23/burma-scores-rohingya-villages-bulldozed>

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2018/03/myanmar-military-land-grab-as-security-forces-build-bases-on-torched-rohingya-villages/>

Die Autorin

Nicola Glass ist freie Journalistin. Sie hat über dreizehn Jahre als Südostasien-Korrespondentin in Bangkok gearbeitet. Kürzlich besuchte sie die Rohingya-Flüchtlingscamps in Bangladesch. Sie ist Mitglied im Kuratorium der Stiftung Asienhaus.

Die Stiftung Asienhaus

Die Stiftung Asienhaus folgt dem Leitbild »Menschen verbinden, Einsichten fördern, Zukunft gestalten« und trägt dazu bei, Brücken zwischen Zivilgesellschaften in Asien und Europa zu bauen. Sie setzt sich ein für die Verwirklichung der Menschenrechte, für die Stärkung gesellschaftlicher und politischer Teilhabe, sowie für soziale Gerechtigkeit und den Schutz der Umwelt.

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Stiftung Asienhaus verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Gefördert von Engagement Global im Auftrag des



und von



Gefördert aus Mitteln des evangelischen Kirchlichen Entwicklungsdienstes

Impressum

V. i. S. d. P.:

Christina Grein

Burma-Initiative der Stiftung Asienhaus

Hohenzollernring 52 | 50672 Köln | Germany

Tel: 0221/716121-25

Email: christina.grein@asienhaus.de

Web: <http://www.asienhaus.de/burma>

Gesamtausstattung:

Klartext Medienwerkstatt GmbH

(<http://www.k-mw.de>)

Published under Creative-Commons-Lizenz 4.0 (CC BY-SA 4.0).